

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 08.09.2015

Offenheit für einen Umstieg von Studium auf Ausbildung erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Fast jeder dritte Studierende bricht derzeit sein Studium ab, in den Ingenieurwissenschaften sind die Zahlen sogar noch höher. Häufig erscheint der Studienabbruch den Betroffenen als Niederlage und als vorläufiges Ende. Die Wirtschaft hat durchaus einen anderen Fokus. Sie bietet ihnen aufgrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels hervorragende berufliche Möglichkeiten durch eine Ausbildung in Handwerk, Industrie und Handel unter Berücksichtigung der bereits erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen. Dieses Potenzial gilt es für Niedersachsen zu nutzen. Das Gelernte und die Lebenserfahrung im Studium sind wertvoll und bieten eine gute Basis auch, um z. B. in verantwortlicher Position in der Wirtschaft mitzuwirken, Netzwerke zu pflegen sowie Arbeitsprozesse zu gestalten und zu optimieren.

Das Ziel muss weiterhin sein, dass Jugendliche ihre Studien- und Berufswahl so informiert treffen können, dass Abbrüche und Wechsel unnötig werden und das Wissen und Gelernte sie weiterführt und erfolgreich macht.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf,

1. ein Programm aufzulegen, das regionale Netzwerke unterstützt, die
 - a) die Akteure aus Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern, Berufsschulen, Hochschulen, Studentenwerken und schulischer Berufsorientierung zusammenbringen,
 - b) Möglichkeiten der Anrechnung akademischer Leistungen auf die berufliche Ausbildung aufzeigen und veröffentlichen,
 - c) die Berufsorientierung an Hochschulen im Hinblick auf Chancen in Handwerk, Handel und Industrie stärken,
 - d) Praktika für Studierende im Fachkräftebereich vermitteln,
 - e) auch Regionen einbeziehen, die kaum oder keine eigenen Hochschulen aufweisen,
 - f) die Hochschulen in Bremen und Hamburg mit den Gemeinden in Niedersachsen vernetzen,
 - g) insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen ermöglichen, bei Studierenden als Ausbildungsbetriebe sichtbar zu werden,
 - h) die Erfahrung einzelner Initiativen im Bundesgebiet und in Niedersachsen nutzen,
 - i) nachhaltig und nicht nur projektbezogen arbeiten und
2. sich für eine Öffnung der Regelungen im BAföG einzusetzen, damit ein Abbruch eines Studiums auch nach dem zweiten Fachsemester nicht zu einer Verschlechterung für die Förderung einer Berufsausbildung bzw. eines erneuten Studiums nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung führt.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Ausgegeben am 09.09.2015)